

What's up? Que pasa? Was geht ab?

LIBERTÄRER TERMINKALENDER

14.-16. Januar
"innen und außen"
Anti-Kriegs-Kongress
in München
Infos: 089-44229758
anti-kriegs-kongress@gmx.de

11./12. Februar
**"Ihre Sicherheit bedeutet Krieg -
ihr Frieden heisst Ausbeutung"**
Proteste gegen die NATO-
Sicherheitskonferenz in München
<http://www.no-nato.de>

Sa., 19. März, ab 11 Uhr
**"Vision 2010 -
die Freiheit nehm ich mir"**
Demo gegen die aktuellen
Polizeiaktionen in Köln
("Aktion Wintercheck / Vision 2010")
13 Uhr Demoaufakt, Kalk-Post;
16 Uhr Kundgebung, Wiener Platz;
17 Uhr Abschlusskonzert
Marktplatz / Berliner Str., Mülheim
<http://wintercheck.agitart.de>

Mehr Termine gibt's im "PLOTTER":
<http://infoladen.net/koeln/plotter>

Anarchosyndikat "eduCat"
c/o Buchladen "Le Sabot"
Breite Str. 76, D-53111 Bonn
educat@anarchosyndikalismus.org
<http://anarchosyndikalismus.org>

Wer Interesse hat beim
Umsonstladen oder beim "Libertären
Radio" mitzumachen, kann sich
gerne mit uns in Verbindung setzen...

Umsonstladen "brauchbar"

<http://anarchosyndikalismus.org/brauchbar.htm>

jeden Dienstag, 17 - 20 Uhr
(ab 19 Uhr Volxküche)
beim "Romero-Café"
im "**Oscar-Romero-Haus**",
Heerstr. 205, 53111 Bonn-Nord,
<http://www.oscar-romero-haus.de/>
(Bei gutem Wetter im Garten,
bei schlechtem Wetter im Keller!)

ausserdem:
jeden letzten Sonntag im Monat
ab 15:30 Uhr bei **nn-tv**,
z.B.:

**30. Januar, ("Das negative
Potenzial - Johannes Agnoli im
Gespräch"),**
und

**27. Februar, ("Sacco und
Vanzetti")**
jeweils ab 16 Uhr, Filmvorführung
mit Kaffee & Kuchen,
im "**Kult 41**", Hochstadenring 41,
53111 Bonn-Nord (Viktoriabrücke),
<http://www.kult41.de>

weitere regelmäßige Termine:

dienstags 17 - 20 Uhr
"Rosa-Luxemburg-Bibliothek"
im "**Oscar-Romero-Haus**",
Heerstr. 205, 53111 Bonn-Nord,
<http://www.oscar-romero-haus.de/>

dienstags und freitags, 20 Uhr
Volxküche / Café
in der **LC36**, L.-Camphausen-Str. 36,
U: Hans-Böckler-Platz / Köln-West

libertäre zeiten

infoblättchen des anarchosyndikats
eduCat

UMSONST (IST DAS NIE)

Nr. 5, WINTER 2004/2005

Arbeitszwang und Kontrollwahn

Seit Jahresbeginn 2005 sind die "Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes" nun rechtsgültig. Benannt nach ihrem Erfinder, dem Volkswagen-Manager Peter Hartz, stehen sie für die ungehinderte Kontrolle über Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen. Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes (ALG II) sollen alle, die leistungsfähig sind, zum Dienst an der Allgemeinheit gezwungen werden können. Jobs für 1,50 Euro Stundenlohn sind die Folge, zuzüglich ALG II macht das ein Lohnniveau von etwa 6 Euro. Damit wäre bereits ein Ziel der "Reform" erreicht, nämlich die Löhne weiter zu drücken ohne einen gesetzlichen Mindestlohn zu garantieren. Gleichzeitig wird genauestens auf die privaten Besitzverhältnisse der Zwangsarbeitenden geachtet: Wer (selbst oder im Haushalt) mehr besitzt

als erlaubt, bekommt zunächst kein Geld von der staatlich-städtischen "Arbeitsgemeinschaft". Wer sich weigert, einen miesen Job anzunehmen, bekommt eine Zahlungssperre. Dabei sind doch tolle Angebote drin: als U-Bahn-Kontrolleur oder als Sicherheitsdienst im Stadtpark. Und Freiwillige dürfen sogar als Hilfsherrn in den Irak. Wenn alle 4,5 Millionen Arbeitslosen erstmal lange genug Blätter gefegt und Müll gesammelt haben, dann werden sie sich bestimmt nach einem schönen Job als Ladendetektiv oder Blockwart sehnen. Aber gibt es nicht auch Unzufriedene und KritikerInnen? Klar, aber wer gegen die ungerechte Arbeitsmarktreform etwas machen will, sollte vor der Abschaffung Lohnarbeit nicht halt machen. Und bis dahin ist es noch... (Fortsetzung auf S.3)

INHALT:

IAA-Kongress	2/3
Thessaloniki-Aktionstage	4-6
NATO-Sicherheitskonferenz	7
Nachruf auf Fermin Rocker	7
MigrantInnen-Solidarität	8/9
Lied / Comic	10/11
Kurzmeldungen	12-15
Termine	16

22. Kongress der anarcho-syndikalistischen Internationale

Pressemitteilung über den 22. Kongress der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) in Granada

Der Kongress in der "Universidad de Derecho" war von der Lokalföderation der Confederación Nacional de Trabajo (CNT) Granada (Spanien) hervorragend organisiert. Vom 04.-05.12.2004 nahmen daran folgende Sektionen und Freunde der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) teil:

- *Solidarity Federation* (SF - Britannien),
- *Confédération Nationale du Travail* (CNT - Frankreich),
- *Norske Syndikalistik Forbund* (NSF - Norwegen),
- *Freie ArbeiterInnen-Union* (FAU - Deutschland),
- *Direct* (Schweiz),
- *Unione Sindicale Italiana* (USI - Italien),
- *Priama Akcia* (PA - Slowakei),
- *Federace anarchistichých skupin* (FAS - Tschechien),
- *Konfedeacija revoljucionnych anarcho-syndikalistov Russia* (KRAS - Russland),
- *Federacion Obrera Regional Argentina* (F.O.R.A - Argentinien),
- *Confederação Operária Brasileira* (COB - Brasilien)
- *Amigos de la AIT* (Kolumbien)

Grüße kamen von:

- *All-Pakistan Federation of United Trade Unions* (APFUTU - Pakistan),
- *L'Internationale des Federations Anarchistes* (IFA),

- *Workers Solidarity Alliance* (WSA - USA),
- *Network* (Minnesota - USA),
- *Anarchist Groep Amsterdam* (AGA - Niederlande),
- *eduCat* (Deutschland)
- *Germinal* (Chile).

BeobachterInnen wurden entsendet von:

- *Anarho-sindikalistička Inicijativa* (ASI - Serbien),
- *ANTIEΞΟΥΣΙΑΣΤΙΚΗ ΚΙΝΗΣΗ* (Griechenland),
- *Anarcho-Syndicalist Front* (Kroatien)
- *Union of Self-Organised Workers* (Slowenien), sowie zahlreiche BeobachterInnen von Syndikaten der spanischen CNT.

Das Motto des Kongresses war "Kein Krieg zwischen den Leuten - Kein Friede zwischen den Klassen" und die Delegierten diskutierten über Aktionen gegen kapitalistische Kriege (Irak, Tschechien, Kolumbien, usw.) Sie trafen interne Absprachen zur Koordination und verfassten eine besondere Stellungnahme gegen den Krieg in Kolumbien. Der Kongress beschloss ausserdem, dass die IAA in der Woche vom 15. April bis zum 01. Mai 2005 koordinierte Aktionen gegen Zeitungs-Agenturen und prekäre Arbeit durchführen wird.

Wie auf Kongressen üblich, gingen viele Debatten über interne Fragen und Angelegenheiten. Der Kongress lehnte Vorschläge

zur Änderung oder Anpassung der Prinzipien und Statuten ab. Er beschloss eine theoretische und praktische Zeitschrift und ein Internet-Magazin herauszugeben. Ausserdem wurden Beschlüsse über verschiedenste "Fragen" (FAU, USI und RSU, WSA) gefasst, um nur einige Themen anzusprechen.

Die Internationale ArbeiterInnen-Assoziation wird sich und den Anarchosyndikalismus verteidigen, sowohl gegen die Versuche paralleler Strukturen / Parallelinternationalen aufzubauen, wie auch gegen Organisationen, die fälschlicherweise die Initialen IAA (bzw. AIT / IWA) benutzen. Ausserdem wird die Internationale ihre Bemühungen verstärken, um die IAA und den Anarchosyndikalismus in neuen Ländern zu verbreiten.

Der Kongress hat die *Anarcho-Syndicalist Initiative* (ASI - Serbien) als neue Sektion und die *Anarcho-Syndicalist Initiative* (ASI Israel/Palästina) als "Freunde der IAA" aufgenommen. Die NSF (Norwegen) wurde als die Sektion, die das Sekretariat inne hat, wiedergewählt. Der nächste Kongress wird im Dezember 2006 von der *Solidarity Federation* in Manchester (Britannien) organisiert werden.

Text: ASI Serbien,
Quelle: A-Infos,

Übersetzung:
Anarchosyndikat
"eduCat"

(Fortsetzung von S.1)

...ein verdammt langer und schwieriger Weg. Alle Proteste konnten bisher die Arbeitsmarktreform nicht stoppen. Weder 22 Wochen Montagsdemos, noch "Agenturschluss"-Proteste in über 80 Städten haben der rot-grünen Regierung den Sozialabbau vermiesen können. Warum sollten die Herrschenden auch wegen ein paar Hunderttausend Leuten auf Latschdemos oder einem kreativen "Arbeitslosenfrühstück" hier und da ihr Lieblingsprojekt aufgeben? Solange nicht millionenfach gestreikt, Strassenkreuzungen blockiert und Lebensmittel umverteilt werden, brauchen sich weder SPD noch CDU ernsthaft Sorgen um den Betriebsfrieden im "Standort Deutschland" machen. Aber wenn sich sogar die wild Streikenden, wie jüngst bei Opel, von der Rechtsgläubigkeit der Zentralgewerkschaften einlullen lassen, ist es kein Wunder, wenn sie wieder einmal über den DGB-Verhandlungstisch gezogen werden. Das "Bündnis für Arbeit" erfüllt so seinen Zweck: Die Leute sollen ruhig weiterarbeiten, ihren knappen Lohn beim Einkaufen verprassen und bloss nicht auf die Idee kommen, dass sie die Sache selbst in die Hände nehmen könnten. Denn eine eigenständige und selbstverwaltete Gesellschaft lässt sich nämlich nicht so leicht kontrollieren und ausbeuten.

Internationaler Aktionstag für die in Thessaloniki angeklagten Anarchisten

Im Juni 2003 wurde der Gipfel der EU-Staatschefs in Thessaloniki (Griechenland) abgehalten. Während der Tage, an denen sich der Gipfel abspielte (vom 19. bis 21.), gingen viele Personen auf die Straße, um ihre Ablehnung gegen diese neoliberale Politik, die uns einfache Leuten dieser Weltordnung unterwirft, zu zeigen. Es war ein Tag des harten und intensiven Kampfes. Das Ziel war klar: Verhindern, daß eine Minderheit über die Zukunft der ganzen Weltbevölkerung entscheidet. Die DemonstrantInnen mit ihren Transparenten und Rufen, und der Staat mit seiner Polizei, die entschlossen war, ihre ganze Bewaffnung einzusetzen, trafen auf den Straßen von Thessaloniki zusammen, um ihre gegensätzlichen Interessen zu vertreten.

Am 21. Juni 2003 endete die einberufene Demonstration mit 130 Verhaftungen. Viele wurden nach Personaliaufnahme und Einschüchterung freigelassen. 29 Leute bekamen Anklagen wegen schwerer Straftaten, wie Sachbeschädigungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt, öffentlicher Aufruhr, Störung des öffentlichen Friedens, Brandstiftung sowie Besitz und Gebrauch von Waffen.

Acht von ihnen wurden ins Gefängnis überführt. Einer aus den USA wurde

nach wenigen Tagen freigelassen, weil die USA sich dafür einsetzten. Die übrigen Genossen: Carlos und Fernando aus Spanien, Simon aus England, Castro aus Syrien und Tsitas, Jonathan, Michalis und Dimitris aus Griechenland wurden ins Gefängnis geworfen.

Staatliche Konstrukte

Am Anfang deutete alles darauf hin, daß die Polizei sie nach drei Tagen rauslassen würde. Aber der griechische Staat und seine Medien nutzten diese Zeit, um die Bevölkerung mit falschen Anschuldigungen zu überschütten und so eine mediale, polizeiliche und juristische Konstruktion zu entwickeln. Die sieben Genossen wurden wegen Besitz und Anwendung von Explosivstoffen, Sachbeschädigungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt, öffentlichem Aufruhr und Besitz und Anwendung von Feuerwaffen angeklagt und ins Gefängnis überführt, weil die Polizei behauptete, sie hätten Rucksäcke mit Steinschleudern, Schraubenmuttern und Molotovcocktails getragen. Aber auf einem Video, das während des Gipfels aufgenommen wurde, ist klar zu sehen, wie ein Polizist den Rucksack von Simon gegen einen anderen austauscht, der Molotowcocktails und anderes enthielt. Schnell übernahmen die anderen Staaten die offizielle

Version, die der griechische Staat erfunden hatte.

Diese Konstruktion soll einerseits die Antiglobalisierungsbewegung bei künftigen Gipfeltreffen bremsen, und andererseits wollte der griechische Staat erstmals sein neues Antiterrorgesetz anwenden. Ein Gesetz, das unter europäischem Druck geschaffen wurde, weil es zur Bedingung für die Durchführung der olympischen Spiele in Athen 2004 gemacht worden war. Mit diesen "Tatsachen" verfügte der griechische Staat über eine passende Gelegenheit, dieses Gesetz noch vor den olympischen Spielen auszuprobieren.

Der Kampf für die Freiheit

Doch die Solidaritätsaktionen ließen nicht auf sich warten. Es wurde in verschiedenen europäischen Städten zu Versammlungen, Demos, Protestaktionen, Diskussionen, Vortragsreisen und Konzerten aufgerufen. Der 21. Juli 2003 wurde ein internationaler Aktionstag für die Freiheit unserer Genossen. Parallel dazu tat der Anwalt der sieben Ange-

klagten das seinige, damit die Leute so schnell wie möglich nach Hause zu ihren FreundInnen, GenossInnen und Angehörigen zurückkommen. Am 30. Juni 2003 wurde Widerspruch eingelegt, der die Freilassung ohne Auflagen verlangte. Begründet wurde er mit den "Unregelmäßigkeiten", die bei den Verhaftungen begangen wurden, und wegen der widersprüchlichen und konfusen Erklärungen der Polizei. Im September 2003 wurde dieser Widerspruch abgewiesen. Es wurden in der Folge weitere Rechtsmittel eingelegt, die ebenfalls abgewiesen wurden.

Angesichts der wiederholten Ablehnung der griechischen Justiz und der Einreichung der Berufung vor dem Obersten Gericht begannen die sieben Genossen einen Hungerstreik. Castro begann den Streik am 21. September 2003, die übrigen am 05. Oktober. Dieser Streik dauerte 53 Tage, in denen unsere Genossen von den staatlichen Sicherheitskräften und von den Justizangestellten des Diabata-Gefängnisses, wo sie die Untersuchungshaft absaßen, unmenschlich behandelt wurden. Selbst die ÄrztInnen der Krankenhäuser prangerten öffentlich die Folterungen und Mißhandlungen an, denen die sieben Angeklagten ausgesetzt waren.

Von außen unterstützten wir, ihre GenossInnen, FreundInnen und Angehörigen, den Streik mit Solidaritäts-Aktionen. Am 26. November 2003 war der

Gesundheitszustand der Genossen ziemlich heikel, die Staatsanwaltschaft verordnete eine Zwangsernährung mit Spritzen, was sie ebenso ablehnten, so wie alle ihre eingelegten Widersprüche abgelehnt worden waren. Am selben Tag gegen 15 Uhr erfuhren wir die Nachricht von der Freilassung der sieben Genossen.

Ihre Situation war danach so: Simon und der Genosse aus den USA wurden freigesprochen, Carlos erwartet ein Urteil wegen minderschwerer Vergehen, worauf maximal fünf Jahre Gefängnis stehen. Fernando, Castro, Tsitas, Jonathan, Michalis und Dimitris ließen Ermittlungen wegen ihre Freiheitsentzugs einleiten.

Aktuelle Situation

Die momentane Situation unserer Genossen ist folgendermaßen: Die Untersuchungen wegen Freiheitsentzugs haben keine neuen Erkenntnisse gebracht, könnten aber dazu führen, daß für Fernando, Castro, Jonathan, Tsitas, Michalis und Dimitris die Anklagen ebenfalls auf minderschwere Vergehen begrenzt werden (Höchststrafe fünf Jahre).

Carlos und sechs weitere GenossInnen (von den 29 DemonstrantInnen, die mit Anklagen freigelassen worden waren) werden nun am 13. Januar 2005 vor Gericht stehen. Ihre Strafe könnte bis zu fünf Jahre Haft betragen. Am 26. November 2003 hatte uns Freude über die

vorläufige Freilassung erfaßt, wie hätte es anders sein können. Aber die grausame Realität des Systems treibt uns jetzt erneut auf die Straße, um für unsere GenossInnen Freiheit ohne Anklagen zu fordern.

Organisiere Aktionen in deiner Stadt!

CNT-IAA Villaverde Alto,
Paseo Alberto Palacios 2,
28021 Madrid (España),
fcsvillaverdealto@cnt.es,
<http://www.cnt.es/fcs-villaverde/>

Confederación Nacional del Trabajo (CNT), <http://www.cnt.es>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
<http://www.iwa-ait.org>

Übersetzung von A-Infos:
<http://www.ainfos.ca/de/ainfos02244.html>

Infos über die "Thessaloniki 7":
<http://anarchosyndikalismus.org/thessaloniki1.htm>

...LA K@K@L@K@...

Ihre Sicherheit bedeutet Krieg! Ihr Frieden heißt Ausbeutung!

Gemeinsam gegen die Sicherheitskonferenz am 11./12. Februar 2005 in München

Raus gegen die Kriegskonferenz!
Raus gegen die militärische Absicherung des Reichtums Weniger!
Raus gegen Sozialkahltschlag und Arbeitszwang!

Hier werden Kriege vorbereitet; hier wird eine globale Gesellschaftsordnung abgesichert und legitimiert, die auf systematischer Ausgrenzung, auf Ausbeutung und Aneignung von Ressourcen basiert.

<http://www.no-nato.de>

Zum Tod des Künstlers Fermin Rocker (1907-2004)

Der Maler Fermin Rocker ist am 18.10.2004 im Alter von 96 Jahren in London gestorben. Der Sohn des in Mainz geborenen Anarchosyndikalisten Rudolf Rocker war einer der letzten Zeitzeugen des Vorkriegsanarchismus in Europa und den USA. Mit ihm starb eine lebendige Erinnerung an die jiddischsprachige anarchistische Massenbewegung im Londoner East End unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs und der Russischen Revolutionen.

Fermin Rocker, nach dem spanischen Anarchisten Fermin Salvochea benannt wurde, wurde am 22.12.1907 geboren. Er wuchs im Londoner Stadtteil Stepney Green auf. Als die Familie 1919 in das nun republikanische Deutschland zurückkehrte, machte er eine Lehre als Steindruckere und besuchte eine Kunstgewerbeschule. Nachdem er Kontakte zur Künstlerszene ("Die Aktion") bekam, wanderte er 1929 in die USA aus - seine Eltern mussten ihm 1933 folgen. Dort behielt er seine Malweise und wird zum Amerikanischen Realismus gezählt. Fermin lebte von Graphik, Comics und Auftragsmalerei, aber es dauerte bis in die 1970er Jahre, daß er von seiner Kunst leben konnte. Zurück in London feierte er in den letzten Jahrzehnten über zehn Einzelausstellungen.

<http://www.ainfos.ca/de/ainfos02228.htm>

Hände weg von den MigrantInnen - Solidarität ist unsere Waffe

Das Ende der Olympischen Spiele und der meisten Großbauprojekte ist ein Punkt, wo der griechische Staat seine Politik gegenüber den ArbeitsmigrantInnen aufs Neue bestätigt.

Eine neue Periode bricht an, weil eine Vielzahl der konsumierbaren Sklaven, die den "grossen Ideen" der Bosse dienen, jetzt überflüssig sind. Zusätzlich ist diese Periode gekennzeichnet von einem erweiterten repressiven Angriff auf Widerständische im Gleichschritt mit dem weltweiten "Anti"-Terror-Feldzug der Herrschenden. Und eine der Bestrebungen des griechischen Staates ist es, gepanzerte Grenzen zu schaffen gegen die, die aus Kriegsgebieten flüchten.

So befinden wir uns vor der Operation "Gesetz und Ordnung", wie sie von Innenminister P. Papoulias präsentiert wurde, die die Begrenzung der Zahl der MigrantInnen, ihre Registrierung und Kontrolle zum Ziel hat. Und so soll ein neuer Rahmen geschaffen werden, um die Interessen der Bosse zu gewährleisten. Die Bewegung soll nach dem Bedarf der Wirtschaft kontrolliert werden und die Überlebenschancen der MigrantInnen erstickt.

Diese Operation heisst in der Praxis: verschärfte Terrorisierung

und Einschüchterung der MigrantInnen durch den Unterdrückungsapparat. Ausserdem findet eine parallele Unterstützung durch die Massenmedien statt, die den national-rassistischen Nährboden schaffen, um breitere Gesellschaftsteile einzubeziehen.

Momentane Methoden dieser Operation sind die weitverbreiteten Progrome gegen albanische MigrantInnen durch staatliche und paramilitärische Banden nach einem Fussball-Länderspiel Anfang September 2004 gewesen. Die tägliche Massenabschiebung, hunderte von Mördern an den Grenzübergängen, die Minenfeldgrenzen, die Versenkung der Schrottschiffe, die "zufälligen" Schüsse bei polizeilichen Strassenkontrollen, die alltäglichen Schläge und Demütigungen in Polizeiwachen, die Sammellager, die Rückendeckung der gesamten demokratischen Staatsinstitutionen für die Bullen, Zuhälter und Vergewaltiger von Migrantinnen.

Momentane Methoden dieser Operation waren auch die Folterungen, die Anfang Dezember 2004 dutzende afghanische Migranten in einem Wohnhaus in der Pipinoustrasse in Athen und in der nahegelegenen Polizeiwache von Ag.Panteleimona. Dorthin wurden die Migranten

gebracht, um Information zu beschaffen über einen afghanischen Migranten, der aus dieser Wache ausgebrochen war.

Momentane Methode dieser Operation waren ebenfalls das tagelange Verprügeln von gefesselten und wehrlosen Menschen in den Polizeikellern von Ag. Panteleimona, die Folter, das Nacktausziehen und die Vergewaltigungsdrohungen gegenüber Minderjährigen, die Prellungen und Verletzungen, die geschundenen Körper der gequälten und gejagten Menschen, die Angst in den Augen derer, die auf ihrer Haut die staatliche Bestialität erleben mussten.

Gegen die systematische Gewalt des Staates und der Bosse - wir setzen auf soziale Praktiken der Gegengewalt und tragen zur Verschärfung der sozialen und Klassenkämpfe bei

Eine wichtiger Moment unter anderen dieses Kampfes war der Demonstrationzug am Freitag 24.12.2004 zu der Polizeiwache Ag.Panteleimona, wo etwa 150 wütende AnarchistInnen, antiautoritäre und autonome GenossInnen die Wache angegriffen und das Gebäude, sowie umherstehende Polizeiautos stark beschädigt haben (eine Wache, die schon gesellschaftlich stigmatisiert war nach den Folterwürfen, die an Guantanamo und Abu Ghraib erinnern).

Die Repressionsorgane haben nach diesem sozialen Wutausbruch 18 Leute in Gewahrsam genommen und ein Genosse wurde festgehalten, der die Rache der Staatsdiener erleben musste. Es ist der Genosse N.M., der aus Solidarität mit den Migranten an der Demonstration teilgenommen hatte, der aber alle Vorwürfe gegen ihn zurückweist. Seine Verhaftung hatte noch eine Solidaritätswelle ausgelöst und er wurde am 29.12. wieder freigelassen, aber mit Auflagen.

Der Angriff auf die Polizeiwache Ag.Panteleimona ist eine Tat der sozialen Gerechtigkeit und hat dazu beigetragen, dass die Stimme der sozialen und Klassensolidarität weiter gehört wurde als in dieser kleinen Ecke. Es ist eine Solidarität der Unterdrückten im Kampf gegen die Herrschaft von Staat und Kapital, im Kampf gegen die Barbarei und die alltäglichen Verbrechen dieser Herrschaft.

KEIN VERBRECHEN VON STAAT UND KAPITAL LASSEN WIR OHNE ANTWORT - GEWALT GEGEN DIE GEWALT DER HERRSCHENDEN

30. Dezember 2004

Offene anarchistische und antiautoritäre Versammlung

http://www.geocities.com/anar_gr

Nazikongress in St. Augustin

Wie die Antifa-Zeitung LOTTA (Nr. 18) berichtet, fand am 27.07.2004 in Sankt Augustin (Rhein-Sieg-Kreis) der Landesparteitag der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) statt. Unter dem Motto "Gegen den US-Imperialismus" versammelten sich, unter anderem der NPD-Kreisvorsitzende Stefan Meise, der NPD-Landesvorsitzende Stefan Haase, sowie Safet Babic (JN und Nationaldemokratischer Hochschulbund). Der JN-Vorsitz bleibt bei Nico Wedding und Oliver Westwinter, neue Beisitzer sind nun Marcel Merle und Thomas Vollack. Am Schluss gab's Heldengesänge von Nico Schiemann.

NRW-Nazis vernetzen sich

Seit Ende Juli 2004 haben nun offiziell mehrere lokale Nazi-führer das "Aktionsbüro Westdeutschland" eröffnet. Das Bündnisprojekt wird getragen vom "Freundeskreis Nationaler Politik" (Wuppertal/Bergisches Land), vom "Leverkusener Aufbruch", den "Autonomen Nationalisten westliches Ruhrgebiet", dem regionalen "Kampfbund Deutscher Sozialisten" und von "Kameradschaften" aus Dortmund, Hamm und Köln. Mit einer Webseite soll die Vernetzung der Naziaktivitäten auf regionaler Ebene ausserhalb der NPD verstärkt werden, wobei eine "punktuelle Zusammenarbeit" durchaus von ihnen erwünscht ist.

Bundeswehr in Indonesien

Nach dem katastrophalen Seebeben in Südostasien plant die Bundesregierung umfangreiche Einsätze in der nordindonesischen Bürgerkriegs-Provinz Aceh. Die Region ist wirtschaftlich, politisch und geostrategisch wichtig. Wegen des Separatistenaufstandes war das Gebiet bis vor Kurzem für ausländische Presse und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) noch gesperrt. Nun ist die Bundeswehr mit der Einrichtung eines deutschen Militär-Lazarettts beschäftigt und das Auswärtige Amt koordiniert deutsche NGOs. Sie alle stellen sich auf einen langjährigen Aufenthalt ein.

Traditionelle Sylvester-Knastkundgebung in Köln

Wie jedes Jahr fand an der JVA in Köln-Ossendorf die Sylvesterkundgebung statt. Bereits auf der Auftaktkundgebung stieg die Stimmung mit heissem Tee und Zwiebelkuchen zur Musik vom Lautsprecherwagen. Mit viel Raketen und Böllern wurden die Inhaftierten hinter den weiträumig abgeschirmten Knastmauern begrüsst. Weder langweilige Redebeiträge, noch die anwesenden Schlägertrupps der Polizei konnten die Stimmung trüben. Und von weitem konnte man auch das Jubeln und Klappern an den Fenstern hören.

Atomzüge sind Todeszüge

Nach dem Tod von Sébastien B., der von dem letzten CASTOR-Transportzug überrollt auf den Gleisen verblutete, hat das Libertäre Antiatom-Kollektiv im französischen Amiens folgendes Flugblatt verbreitet:

"Er hiess Sébastien. Er wurde 22 Jahre. Er ist tot, ein Opfer der Atomkraft und des Kapitalismus, damit die Zukunft lebt. Die SNCF [staatliche Eisenbahn], und das ist ihre Rolle, stellt solange keine Fragen, solange sich das auszahlt. Für die Rentabilität wurde die SNCF umstrukturiert, Bahnlinien, Haltestellen und Personenzüge bzw. Verlustfracht abgeschafft. (...)

Die SNCF verbraucht vergleichsweise viel Atomkraft. Die [Hochgeschwindigkeitszüge] TGV sind dabei besonders gefräßig. Diese Züge sind das Schaufenster der kapitalistischen Gesellschaft, immer weiter, schneller, immer auf der Suche nach neuen Märkten im Ausland. Mit den ganzen TGV hat die SNCF die Regionen völlig verwüstet. (...)

Die Atomkraft ist die unentbehrliche Energie zur Unterdrückung der Gesellschaft. Denn wegen ihrer eigenen und folgenden Gefahren kann sie nur in einer perfekt überwachten und militarierten Gesellschaft funktionieren. (...)"

Collectif libertaire antinucléaire

Quelle: <http://www.cnt-ait.info>

"Aktion Polizeistaat" in Köln

Pünktlich zum Weihnachtsgeschäft hat die Kölner Polizei mit der "Aktion Wintercheck" begonnen. Der erster Teil der "Vision 2010" soll helfen die Rheinmetropole zur "sichersten Millionenstadt" zu machen. Seit Beginn der verschärften Kontrollen in Bus, Bahn und Strassenverkehr wurden 4.000 Leute angehalten und ihre Ausweise kontrolliert. Über 80 Leute wurden wegen Drogen, Diebstahl oder ausstehenden Haftbefehlen festgenommen, weitere 40 Leute kamen wegen Taschendiebstahl in Gewahrsam.

Ausserdem erteilte die Polizei fast 200 Platzverweise für Personen, die sie wegen Drogenkonsum oder Taschendiebstahl verdächtigten. Aber auch gezielte Razzien in den Bezirken Innenstadt, Kalk, Mülheim und Ehrenfeld wurden durchgeführt, wie am U-Bahnhof Wiener Platz, in einer Spielhalle am Rudolfplatz, in einem Flüchtlingsheim in der Kyffhäuserstrasse und in den internationalen Reisebussen am Breslauer Platz (Hbf.).

Als am 02.12. Polizeipräsident Steffenhagen die neuen Polizei-plakate der Presse vorstellte, protestierten rund 30 DemonstrantInnen dagegen mit Transparenten und Trillerpfeifen. Am 19.02. (oder evtl. 19.03.) ist eine überregionale Demo gegen Polizeirepression geplant.

Demnächst mehr Infos bei <http://wintercheck.agitart.de>

Frankreich: Anarchisten verhaftet

Am Morgen des 30.11.2004 wurden in Poitiers zwei langjährige Mitglieder der Anarchistischen Föderation (FA) verhaftet. Ihnen wird Unterstützung einer terroristischen Organisation vorgeworfen.

Thyde Rosell und Jean-Marc Raynaud, die seit Jahren in dem libertären Bildungszentrum Bonaventura auf der Insel Oléron arbeiten, sollen nun angeklagt werden, weil sie öffentlich das dreijährige Kind eines illegalen Flüchtlings in dem Zentrum aufgenommen haben.

Später stellte sich heraus, dass die Eltern des Kindes beide KämpferInnen der baskisch-nationalistischen Guerillaarmee ETA sind und mittlerweile verhaftet wurden.

Die Anarchistische Föderation fordert die sofortige Freilassung ihrer Mitglieder und erklärt: *"Solidarität und Hilfe sind keine Verbrechen, sondern Praxis, Notwendigkeit und legitime Pflicht zwischen Unterdrückten in ihrem Kampf gegen Unterdrückung und Herrschaft."*

Mehr Infos:
Secrétariat aux Relations Extérieures,
Fédération Anarchiste,
145 rue Amelot,
75011 Paris (France),

relations-externes@federation-anarchiste.org,
<http://www.federation-anarchiste.org>

Spanien: Hausbesetzer starb nach Naziangriff

Am 11.12.2004 ist der junge Anarchist und Hausbesetzer Roger A. G. gestorben, der im August während eines Angriffs von Nazis auf eine nächtliche Feiern in einen linken Bezirk von Barcelona niedergestochen wurde.

Die Polizei fand Roger auf dem Boden liegend mit einer tiefen Messerwunde am Hals und er verlor viel Blut. Nur durch die Hilfe einer Ärztin, die vor Ort war, konnte das Leben von Roger in diesem Moment noch gerettet werden. Einer der Polizeibeamten rannte hinter einer Gruppe von Naziskins her, von denen einer die Tat gestand.

Das Gericht verharmloste alles als ein Kampf unter Jugendgruppen, dabei waren Naziskins und HausbesetzerInnen (okupas) gemeint, obwohl es sich um einen politisch motivierten Angriff auf einen Anarchisten handelte.

Im September liess das Gericht von Barcelona den hauptverdächtigen Täter gegen eine Kaution von 3.000 Euro bis zur Anklage frei. Alle Nazis (zwischen 19 und 26 Jahren) sollen wegen leichter Körperverletzung angeklagt werden, aber das könnte sich aber nach dem Tod von Roger ändern.

Quelle:
<http://de.indymedia.org>

Polen: Kongress der Anarchistischen Föderation

Ende November 2004 fand in dem besetzten Haus "Electric Mary" in Czestochowa das jährliche Treffen der Anarchistischen Föderation Polen statt. 35 Delegierte aus dem ganzen Land diskutierten in entspannter Atmosphäre über folgende Themen:

- Aktionen zum bevorstehenden Besuch des russischen Präsidenten Putin in Auschwitz und Krakow anlässlich der Befreiung des NS-Vernichtungslagers durch die Rote Armee 1945

- Gegenaktionen zum Treffen des Europarates in Warschau im Mai 2005

- Aktionen gegen rechte Organisationen, die in Krakow und Poznan mehrfach den "Gay Rights March" für homosexuelle Gleichberechtigung gestört haben

- Diskussion über die neugegründete Gewerkschaft "Arbeiterinitiative", die den Namen der bereits seit Jahren bestehenden anarchosyndikalistischen Organisation fälschlicherweise benutzt (Manche wollen ihr eine anarchistische Richtung geben, andere meinen sie solle ihren eigenen Weg finden und schliesslich gibt es welche, die keine Notwendigkeit für anarchosyndikalistische Arbeit sehen und mit der traditionellen Gewerkschaftsorganisation zufrieden sind)

- Aktionen um den Anarchismus bei Jugendlichen zu propagieren und lokale Kontaktgruppen aufzubauen

- Diskussion über einen "Anarchistischen Bus", der 2005 durch Ost-Polen, Weissrussland, Russland und die Ukraine fahren soll, wie das bereits auf dem Balkan geschehen ist

- Diskussion über eine Monatszeitschrift, um die Lücke der (vorübergehend?) eingestellten "Mac Pariadka" zu füllen

- Diskussion zur Unterstützung des Gefangenen Tomasz Wilkowszewski (obwohl es kaum Hoffnung gibt ihn aus dem Knast zu holen, müssen dennoch einige Sachen erledigt werden: Literatur schicken, regelmäßige Besuche, usw.)

[Er wurde 1997 zu 15 Jahren Haft verurteilt, weil er nach mehrmaligem Verprügelt-werden einen Neonazi mit einem Messer im Streit tödlich verletzt haben soll - Infos unter <http://www.tomek.most.org.pl/>]

Anarchistische Föderation Polen
<http://www.fa.most.org.pl>